

8. November mittags zu melden haben, und zwar für das belgische Heer in Brügge, für die britische Armee in Mons und das französisch-amerikanische Heer in Nancy, um dort Informationen in bezug auf den Telegraphen-, Fernsprech- und sonstigen Verkehr zu erteilen. Die deutschen Vertreter müssen in der Lage sein, über den Zustand des jeweiligen Dienstbereiches in den betreffenden Gebieten Informationen zu erteilen.

„Gerold“ meldet aus Neuyork: Die Note des deutschen Staatssekretärs Grafen Wilson um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen ist in der Dienstadt in Neuyork eingetroffen. Lansing und die Departementschefs des Krieges und der Marine wurden sofort zu Wilson berufen. Die Note wurde am Mittwoch an die Alliierten weitergegeben. Eine Antwort der Alliierten wird vor Ende der Woche zu erwarten sein.

Die Neuordnung in Sachsen. Eine Rundgebung des sächsischen Ministeriums.

Dresden, 14. November. Se. Majestät der König hat dem Thron entsagt. Vor vollzogener Abdankung hat der König den Staatsministern die erbetene Entlassung aus seinen Diensten bewilligt, ihnen dabei aber die zum Wohle des Landes etwa gebotene Fortführung der Geschäfte anheimgestellt. Er hat weiter alle Offiziere und Beamten, Geistliche und Lehrer des ihm geleisteten Treueides entbunden und dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß auch sie, der veränderten Regierungsform ungeachtet, fortfahren möchten, dem Vaterlande mit allen ihren Kräften zu dienen. Im Interesse der öffentlichen Ordnung, deren Versagen unnenndbares Elend nach sich ziehen würde, sind wir an unserem Teil bereit, die uns anvertrauten Ministerien weiter zu verwalten, insoweit und solange uns dazu die Möglichkeit bleibt. Aber auch für den Fall unseres endgültigen Ausscheidens bitten wir alle, die im Dienste des Heeres, im unmittelbaren oder mittelbaren Dienst von Staat und Gemeinde, Kirche und Schule stehen, auf ihren Posten auszuhalten und ihre Berufspflichten auch fernerhin mit aller Gewissenhaftigkeit zu erfüllen. Die Sicherheit und Förderung des Gemeinwohls sei nach wie vor, und in den schweren Wochen und Jahren, die unsfer warten, mehr denn je, die Richtschnur für unser Tun und Lassen!

Die Minister der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges, der Finanzen, des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts:

(ges.) Dr. Heinze, v. Bilsdorf, Dr. Schroeder, Dr. Koch, v. Rostk-Wallwitz.

Ein neuer sächsischer Kriegsminister.

Der Genosse Hedert, Vorsitzender des A. und S. Rates in Chemnitz, ist zum sächsischen Kriegsminister ernannt worden.

An das sächsische Volk!

Das kapitalistische System hat seinen Zusammenbruch erlebt. Die bürgerliche monarchische Regierung ist gestürzt. Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die sozialistische Republik. Bewirkung des Sozialismus heißt: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche; Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerke, Rohstoffe, Banken, Maschinen, Verkehrsmittel usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Uebernahme der Produktion durch das Proletariat. Aufgabe der sozialistischen Regierung ist, die Revolution fortzusetzen und zu steigern bis zur völligen Ueberwindung der herrschenden bürgerlichen Klasse. Bewirkung der Republik heißt, absolute Herrschaft des Willens der Arbeiterklasse, Befreiung der Knechtschaft in jeder Form, allgemeine Volksbewaffnung zum Schutze der Erzeugnisse der Revolution, Abschaffung aller Arten des arbeitlosen Einkommens, Trennung der Kirche vom Staat, Abschaffung aller bürgerlichen Gerichte. Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere Aufgabe, die Liquidierung des sächsischen Staates herbeizuführen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur Tatsache zu machen.

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Dresden, Leipzig und Chemnitz.

Schwarz. Keuring, Fleißner. Mühle. Geber. Alpinati. Seger. Hedert. Mäher. Hellisch.

Beschluß des engeren Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates zu Leipzig.

Der Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates zu Leipzig hat folgende maßgeblichen Bestimmungen für die Verhandlungen über die Ueberführung der Rüstungsindustrie in die Friedensindustrie beschlossen:

1. Bei der Demobilisation sind führende wirtschaftliche Persönlichkeiten, Ingenieure, Lehrer usw. unverzüglich zu entlassen.
2. Die Unternehmer sind verpflichtet, die Löhne weiterzuzahlen vorbehaltlich einer späteren Regelung der Frage.
3. Der Wirtskundentag tritt sofort in Kraft.
4. Entlassungen von Arbeitern dürfen nicht stattfinden. Wenn nötig, ist die Arbeitszeit entsprechend weiter herabzusetzen.
5. In den weinen Rüstungsfabriken, die durch die Einstellung der Rüstungsindustrie stillgelegt werden, dürfen keine Entlassungen stattfinden. Die Löhne sind vorläufig weiterzuzahlen.
6. Nach Möglichkeit sind die aus anderen Industrien

zur Rüstungsindustrie gekommenen Arbeiter in die Industrien zurückzuführen, aus denen sie gekommen sind.

Protest der sächsischen A. und S. R. Gegen die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über die Disziplin, wonach das Vergehenverhältnis des Offiziers zu den Mannschaften bestehen bleibt, und die Soldatenräte nur beratende Stimme bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen haben sollen, protestieren wir auf das Entschiedenste, weil wir darin eine Preisgabe wichtiger revolutionärer Errungenschaften zum Nachteil des Proletariats sehen. Wir fordern die Reichsregierung auf, jene Bestimmungen sofort aufzuheben und zu veranlassen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Bestimmenden auch in dieser Frage sind.

Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Mitarbeit der Leipziger Bürgerchaft.

In einem Aufruf an die Leipziger Bürger geben eine Anzahl angegebener und bekannter Mitglieder der Leipziger Bürgerchaft bekannt, daß sie sich bei voller Wahrung ihrer politischen Ueberzeugung dem Arbeiter- und Soldatenrat gegenüber bereit erklärt haben zur Mitarbeit in allen wirtschaftlichen Fragen, um Ruhe und Ordnung, ungestörte Nahrungsmittelversorgung, geregelte Produktion und sicheren Verkehr, sowie Fortbestand der gemeinnützigen Anstalten und Einrichtungen aufrechtzuerhalten. Sie richten an alle Männer und Frauen, die auf dem Boden eines freien und friedlichen Volksstaates mit voller Gleichberechtigung aller Schichten stehen, die Aufforderung, nicht verzagt oder grollend abseits zu bleiben, sondern mitzuwirken am Aufbau eines neuen Deutschlands.

Schritte in sächsischen Postämtern.

Die „Sächs. Staatsztg.“ bringt folgende Mitteilung: Der Hausminister und die Vorstände der Hauptabteilungen sind von ihren Ämtern zurückgetreten. Die Vorstände, Beamten und Bediensteten bei den einzelnen Departements haben ihren Dienst weiter zu verrichten. Die Vorstellungen im Ober- und Schaupspielbau sind bis auf weiteres still. Es handelt sich um den Minister des Königl. Hauses Staatsminister a. D. Grafen v. Reysch-Reichenbach, den Hausmarschall v. Reysch-Reichenbach, der die Geschäfte des kürzlich verstorbenen Oberhofmarschalls Freiherrn von dem Busche-Streitborn führt, ferner den Oberkammerherrn Grafen v. Wallwitz, den Königl. Kämmerer v. Criegern, den Generaldirektor der Königl. musikalischen Kapelle und der Hoftheater Dr. Grafen von Seebach, den Oberhofjägermeister v. Krümmel und den Oberstallmeister v. Römer.

Die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland.

Ein amtlicher Wiener Schritt.

Die Sozialistische Wiener Korrespondenz meldet: Der Unterstaatssekretär Bauer hat an den Volksbevollmächtigten Haase in Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Indem ich Sie zur Uebernahme des neuen Amtes in so geschichtlicher Stunde herzlich beglückwünsche, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs einstimmig beschlossen hat, Deutsch-Oesterreich für eine demokratische Republik zu erklären, die ein Bestandteil der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Vertretung hat Deutsch-Oesterreich seinen Willen kundgetan, sich mit den anderen deutschen Stämmen, von denen es vor 52 Jahren gewaltsam getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu unterstützen und in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des deutschen Reiches einzutreten. Wir bitten, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über die Frage der Friedensverhandlungen in enger Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich, auch unserer schweren Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich die neuen slavischen Nationalstaaten, die aus dem zusammengebrochenen Oesterreich hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperrten, leiden wir bittere Not an Kohlen und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich und insbesondere die deutschen Arbeiterklassen sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in dieser Stunde der Not beistehen wird.

Was wir brauchen, ist den zuständigen Stellen bekannt. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir die unentbehrliche Kohlen- und Lebensmittel rasch und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alten freundschaftlichen und parteigenossenschaftlichen Beziehungen, die uns verbinden, es uns erleichtern werden, das engste und dauernde Verbinden zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich herzustellen. Mit herzlichen Grüßen Otto Bauer.

kleine politische Meldungen.

Todesfälle. Der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Camp ist an der Grippe gestorben. Als führendes Mitglied der Reichspartei und der preussischen freikonservativen Partei hat Camp seit 1884 im Reichstag und seit 1898 im preussischen Abgeordnetenhaus eine sehr eifrige und teilweise auch sehr einflussreiche Tätigkeit ausgeübt. Besonders in Steuerfragen war der lebhafteste Berater, der es in der Regierung bis zum vorliegenden Rat gebracht hatte, auf unterrichtet. Als Persönlichkeit wurde er auch von den politischen Gegnern geschätzt. Er starb am 14. November seinen 72. Geburtstag feiernd. Der Reichstagsabgeordnete des dritten oberrheinischen Wahlkreises, Graf v. Selen, ist in Oberrhein an Grippe gestorben.

Die französischen Sozialisten nahmen auf einer Versammlung in Paris, in der sie die Deutschland auferlegten Bedingungen des Waffenstillstandes beurteilten, folgende Tagesordnung an: Die Arbeiter des Departements der Seine begrüßen die Resolution, die als Folge der Niederlage des Militarismus den Thron gestürzt und die Privilegien in Mitteleuropa abgeschafft hat. Die Welt und die Freiheit sind nach dem Sturz Bonapartes, verlangen heute die Pariser Arbeiter einen ehrenhaften Frieden, einen Republikanischen, einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik.

Revolution in Belgien? In ganz Belgien ist Revolution. In Brüssel beherrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchster Ordnung die Lage. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Belgier beteiligen sich überall auf beiden Seiten. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbestände.

Hindenburg an alle Generalfeldmarschälle v. Hindenburg hat folgenden Funkspruch ergehen lassen: Funkspruch an alle, besonders an die Heeresgruppe Mackensen! Ich stehe nach wie vor an der Spitze der Obersten Heeresleitung, um die Truppen in Ordnung gefestigt in die Heimat zurückzuführen. Ich erwarte, daß alle Kameraden, Wehrden, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auch weiterhin ihre Pflicht tun werden. Dies ist allen Truppen bekanntzugeben. v. Hindenburg. Das große Hauptquartier mit Hindenburg wird heute in Wilhelmshöhe bei Kassel eintreffen und im dortigen Schloß, das schon für die Aufnahme Vorkehrungen getroffen hat, Wohnung nehmen.

Rückgabe des linken Rheinufers an Deutschland. Der Pariser „Temps“ gibt eine Erklärung Michons im Auftrag des Amtes für Auswärtiges wieder, wonach das linke Rheinufer außer Elsaß-Lothringen an die Deutsche Republik zurückgegeben werden soll.

Die deutsch-englischen Beziehungen. Die „Times“ meldet: Das englische Kabinett wird unmittelbar nach dem Frieden die direkten Beziehungen zur neuen deutschen Regierung aufnehmen, sofern sie bis dahin in geordnete Bahnen gelenkt worden ist. Die „Morning Post“ meldet: Infolge der Demokratisierung hat England auf der Versammlung die Aufgabe der Wirtschaftsbefehlsstelle gegen Deutschland beantragt.

Schwere Unruhen in Ropenghagen. Weltweit kam es in Ropenghagen zu schweren Straßenunruhen, die von den Unabhängigen Sozialisten veranstaltet wurden, und zwar infolge Mißlingens des Generalstreikes, der als Protest dienen sollte gegen die andauernde Gefangenschaft dreier Führer. Mittags fand eine große Massenversammlung statt. Die Redner forderten zur Revolution auf. Nach der Versammlung kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Demonstranten sperrten gewaltsam den Straßenbahnverkehr und gingen gegen die Polizei mit Steinwürfen vor. Bei dem Zusammenstoß gab es zahlreiche Verletzte.

Ententetruppen in Prag. Nach einer Meldung des „Pravda“ wird das Eintreffen von 25 000 Mann Ententetruppen demnächst in Prag erwartet.

Die Landesregierung für Deutsch-Böhmen richtete an den Präsidenten Wilson durch die schwedische Botschaft eine Stabsbesprechung, in der es heißt: Im Namen von 2 1/2 Millionen Deutschen in Böhmen, die sich unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als Bestandteil der freien deutschen Republik betrachten, erheben wir härtesten Widerspruch gegen die Vergewaltigungen, denen unser Staatsgebiet durch die Truppen des tschechisch-slowakischen Staates ausgesetzt ist.

Mobilisierung aller Offiziere auf russischem Territorium. Zeitungsmeldungen zufolge kündigt ein Erlass des Generals Denikin, Oberbefehlshaber der freiwilligen Armee, an, daß er den Oberbefehl über alle Truppen Russlands übernehme und alle Offiziere auf russischem Territorium mobilisiere.

Wilson kommt zur Friedenskonferenz. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, daß Wilson endgültig beschlossen hat, zur Friedenskonferenz zu kommen und daß er vor Mitte Dezember in London erwartet wird.

Die alliierten Flotten in Konstantinopel. Die englische Admiralität teilt mit, daß die alliierten Flotten vorgestern durch die Dardanellen gefahren sind. Britische und indische Truppen, die die Forts besetzt hatten, paradierten, als die Schiffe vorbeifamen. Die Flotte kam gestern morgen in Konstantinopel an.

Das Ende des Generalstreiks in der Schweiz. In der gestrigen Schlußsitzung der Bundesversammlung in Bern teilte der Bundesrat mit, daß das Generalstreikkomitee den bedingungslosen Widerruf des Generalstreiks mitgeteilt habe. Der Präsident des Nationalrates, Calame, schloß die Sitzung mit der Bemerkung, daß dem Lande durch die Haltung der Behörden ein Brüderkrieg erspart worden sei.

Neues aus Polen. Der Abtransport der deutschen Soldaten und Beamten aus Warschau und Polen hat bereits eingesetzt. Der Führer der polnischen Sozialdemokratie Daszynski ist heute von Warschau zum Ministerpräsidenten der polnischen Regierung ernannt und mit der Kabinettsbildung betraut worden.

Deutsche Flugzeuge in der Schweiz. Vorgestern sind in der Schweiz zehn deutsche Flugzeuge gelandet. Alle Insassen wurden vorläufig festgenommen, die Apparate sind interniert.

Von Stadt und Land.

Mue, 15. November.

1. Die Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte in Mue. Zur Bornahme der Bestätigung der Wahlen in den Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Mue war heute die gesamte Arbeiterschaft der hiesigen Fabrikbetriebe mobilisiert worden, die sich, Männer und Frauen, in der Stärke von mehreren tausend gegen 11 Uhr vormittags auf der Wackerwiege einfand. Soldaten und Zivilisten mit roten Armbinden sorgten für Aufrechterhaltung der Ordnung. Auf der Westseite des Platzes war ein Rednerpodium errichtet, flankiert von einer roten Fahne mit der Aufschrift „Nach die Republik!“ Hunderte von Neugierigen hatten sich in der Goethestraße eingefunden und alle Fenster der umliegenden Häuser und Bissen waren dicht besetzt. Von vierhundert markierte die dortige Arbeiterschaft mit Musik heran. Punkt 11 Uhr ertönten vom Podium Trompetensätze und unter allgemeiner Stille ergriß Herr Biegler vom Arbeiter- und Soldatenrat das Wort zu einer längeren schwingvollen Ansprache. In der er auf die gewaltigen Ereignisse der jüngsten Zeit in Deutschland hinwies, ihre Bedeutung erklärte und besonders betonte, daß diese Ereignisse sich unblutig vollzogen hätten. Er zeichnete in lebendigen Strichen die Klippen und Gefahren, die der neuen Bewegung noch harrten und die nur überwunden werden können, wenn die Arbeitermassen den verantwortlichen A. und S. Räten ihre volle Unterstützung leisten. Die unblutige Revolution des Militärs sei außerordentlich gewesen. Die Männer, die die Bewegung in Fluß gebracht haben, dürfen nicht im Stich gelassen werden. Es sei keine kleine Aufgabe, die der führenden Männer im neuen Deutschland harret, sie sollen das Volk aus dem Jammertal, in das sie die einstige Willkürherrschaft hineingebracht hat, wieder herausführen zu glücklicheren Zuständen. Man müsse Ausruf sein von der wunderbaren Ordnung, in der sich bisher der Umsturz vollzogen habe und nur, wenn diese Ordnung aufrecht erhalten bleibt, könne man dafür garantieren, daß wir ohne große Härten in die neuen Verhältnisse hineinkommen werden.